

Claus-Dieter König

---

## Woher der Wind weht in Westafrika

Nach dem 'Arabischen Frühling' stellt sich die Frage nach dem 'Afrikanischen Erwachen' (Manji/Ekine 2012). Den Frühling als Jahreszeit gibt es in Westafrika nicht; die Richtung, aus der die Passate und andere Winde wehen, bestimmt die Jahreszeiten. Die Protestbewegung in Nigeria vom Januar 2012 wurde laut BBC News und der lokalen Presse auch als der 'Nigerianische Harmattan' beschrieben<sup>1</sup>.

Gegenstand dieses Artikels ist die Analyse sozialer Bewegungen in Westafrika in ihrem gesellschaftlichen Kontext mit den Begriffen der Regulationsschule. Sie analysiert Gesellschaften aus den Perspektiven des Akkumulationsregime, der Regulationsweise und des Hegemonialmodells. Durch und gegen hegemoniale Auffassungen müssen soziale Bewegungen ihre Ziele formulieren. Ihre Interessen müssen sie angesichts des aktuellen Akkumulationsregimes klären und artikulieren. Im politischen Feld von Staat und Zivilgesellschaft, das die jeweilige Regulationsweise darstellt, bilden sie ihre Strategien. Soziale Bewegungen sind wichtig, denn sie erweitern die Handlungsmöglichkeiten der Individuen um das kollektive Handeln, was zur Folge haben kann, dass der Erfahrung der Ohnmacht gegenüber den herrschenden Verhältnissen Erfahrungen der Einflussnahme und der Macht gegenübergestellt werden. Zudem erweitern soziale Bewegungen die Wahrnehmung der sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen der individuellen Lebenssituation.

Können die Begriffe der Regulationstheorie, die zur Analyse der kapitalistischen Zentren entwickelt wurden, überhaupt für Westafrika genutzt werden? Um diese Frage zu beantworten, ist es notwendig, diese Begriffe zunächst näher zu bestimmen. Mit dem Begriff des Akkumulationsregimes wird die Perspektive auf die ökonomischen Aspekte gesellschaftlicher Reproduktion gerichtet. In den Blick genommen werden die Produktionsweisen, die eine Gesellschaft prägen, ihr hierarchisches Zusammenwirken und ihre Vernetzung mit der globalen Wirtschaft.

---

1 Harmattan bezeichnet einen aus dem Norden wehenden heißen und trockenen Wind in Westafrika sowie die durch ihn bestimmte Jahreszeit.

„Untersucht wird (a) der Typus der Produktionsorganisation und die Stellung der Lohnabhängigen innerhalb des Produktionsprozesses; (b) der zeitliche Horizont der Kapitalbildung und -verwertung; (c) die Aufteilung des Wertproduktes in Löhne und Profite (sowie Steuern), die die dynamische Reproduktion von Klassen und gesellschaftlichen Gruppen ermöglicht; (d) die Zusammensetzung der gesellschaftlichen Nachfrage, auch in Relation zu der Entwicklung der Produktionskapazitäten in den einzelnen Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion; (e) der Artikulationsmodus mit nicht-kapitalistischen Formen, die selbst einen ganz bestimmten Rang in der zu untersuchenden gesellschaftlichen Formation einnehmen.“ (Boyer 1986: 47)

Der Begriff des Akkumulationsregimes kann also angewendet werden, wo immer die kapitalistische Produktionsweise in dominierender Weise mit nichtkapitalistischen Produktionsweisen zusammen wirkt. Das ist auch in Westafrika der Fall, selbst wenn die nichtkapitalistischen Produktionsweisen dort eine wichtige Rolle spielen. Ohnehin muss Akkumulation als globales Phänomen verstanden werden. Sie ist in Europa gar nicht ohne die Beiträge aus Afrika denkbar. Walter Rodney hat dies schon 1972 anhand der historischen Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation in Europa verdeutlicht. Das globalisierte Akkumulationsregime artikuliert sich in Westafrika auf spezifische Art und Weise und selbstverständlich in jedem Land oder sogar in verschiedenen Regionen eines Landes in unterschiedlicher Art und Weise. Elmar Altvater spricht von jeweils unterschiedlichen Formen der „Inwertsetzung“ als „Integration einer Region in den funktionalen Raum der Ökonomie des Weltmarktes“ (Altvater 1987: 94), die durch die jeweilige Art der Artikulation der kapitalistischen Produktionsweise mit den regionalen Bedingungen geprägt werden. Zu diesen gesamten Bedingungen gehören neben den Naturbedingungen auch jene, welche die Regulationsschule unter den Begriffen Regulationsweise und hegemoniales Modell betrachtet.

Um es konkret zu machen: Die Akkumulationsregime in Afrika kennzeichnet es weitgehend, dass nichtkapitalistische Produktionsweisen und soziale Beziehungen vorherrschen in dem Sinne, dass sie am weitesten verbreitet und für die Masse der Bevölkerung Überlebensgrundlage sind. Aus diesen heraus findet jedoch keine Akkumulation statt. Afrika ist vornehmlich durch Rohstoffextraktion in den globalen Prozess der Akkumulation eingebunden. Diese ist kapitalintensiv und von externem Kapital dominiert. Sie hat Enklaven-Charakter, d.h. die Wechselwirkungen mit lokalen wirtschaftlichen Prozessen beschränken sich auf die negativen Auswirkungen auf die Subsistenzlandwirtschaft bis zu deren Vernichtung (wie etwa im Niger-Delta durch die Schäden, welche die Ölförderung verursacht) sowie die Ausnutzung der vorhandenen Subsistenzökonomien, durch die billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Sie sind allerdings nicht in einen umfassenden wirtschaftlichen Entwicklungsprozess eingebunden, in dem eine größere Produktionstiefe durch Weiterverarbeitung vor Ort mit Ka-

pitalbildung vor Ort kombiniert würde (vgl. Goldberg 2008). Positive Ansätze aus den 'Entwicklungsdekaden' (1960er und 1970er Jahre) in diese Richtung wurden durch die seit den 1980ern vorherrschende Strukturanpassungspolitik zunichte gemacht.

Festzuhalten ist: Selbst wenn die Akkumulation im Sinne von Kapitalbildung durch den Nettoressourcentransfer nach Europa oft außerhalb Afrikas stattfindet, ist Afrika in den Akkumulationsprozess eingebunden. Wenn man Kapitalbildung nicht als Anhäufung von Produktionsmitteln und Finanzen definiert, sondern als soziale Beziehung, so gilt dies noch deutlicher. Die neokolonialen Beziehungen sind Teil des Beziehungsgeflechtes, das international „Kapital“ ausmacht. Diese Besonderheiten kapitalistischer Akkumulation strukturieren soziale Kämpfe in Afrika und haben z.B. besondere Formen gewerkschaftlichen Handelns hervorgebracht.

Die Regulationsweise wird wiederum definiert als die Gesamtheit institutioneller Formen, Netze sowie expliziter und impliziter Normen, welche die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen mit der dynamischen Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse sichern, auch über deren konfliktuelle Eigenschaften hinaus. Institutionelle Formen sind Modi der Verhaltensregulierung, -routinisierung und -koordinierung, die soziales Handeln sowohl anleiten als auch überhaupt erst ermöglichen und somit gesellschaftlichen Systemen relativen Bestand verleihen (vgl. Lipietz 1985, Hirsch 1992: 213 sowie Hübner 1989: 173ff.).

Um die Regulationsweise in ihrer Spezifik für Afrika zu beschreiben, müssen also Staat und Zivilgesellschaft betrachtet werden. Der Staat hat in Westafrika eine andere Geschichte und einen anderen Charakter als in Westeuropa. Er hat sich „als politischer Bezugsrahmen behaupten können, selbst wenn mangelnde Legitimität und das Ausbleiben von staatlichen Wohlfahrtsleistungen partikuläre Identitäten und Loyalitäten immer wieder bestärken“ (Eckert 2011: 57). Ein in verschiedenen Staaten unterschiedlich wichtiger Teil der Regulation sind 'traditionelle Herrscher' und religiöse Führungspersonen (wie die Marabouts im Senegal), die zum Teil durch den Staat institutionell abgesichert werden oder Teil von Klientelstrukturen sind. So können sie zur Legitimation des Staates beitragen, sie können aber auch den Nationalstaat delegitimieren bis zur krisenförmigen Zuspitzung ethnischer oder religiöser Konflikte, die den Staatszusammenhalt in Frage stellen (beispielsweise in Nigeria).

Da sich der Staat als Folge der Strukturanpassungspolitik aus vielen seiner klassischen Handlungsfelder zurückgezogen hat, ist ein Raum entstanden, in dem Funktionen der öffentlichen Daseinsvorsorge durch Nichtregierungsorganisationen übernommen werden. Im Rahmen ihrer Projekte werden vielfältige Formen der Teilhabe und Entscheidungsstrukturen geschaffen, die oft parallel zu den staatlich-kommunalen Strukturen entstehen. Auf lokaler Ebene entstehen

dabei verwässerte Machtstrukturen, da staatliche Instanzen und zum Zwecke der Partizipation im Rahmen von Entwicklungsprojekten entstandene Entscheidungsgremien parallel zueinander bestehen (Bierschenk/de Sardan 2003).

Schließlich lässt sich auch der Begriff des Hegemonialmodells durchaus in Westafrika anwenden. Zu beobachten ist einerseits die zunehmende Aneignung individualistischer Vorstellungen vor allem durch die urbane Bevölkerung. Hier hat die globale neoliberale Gehirnwäsche ihre Wirkung auch in Afrika entfaltet. Mit ihr einher geht die Stärkung reaktionärer Strömungen innerhalb der Religionen. Auf der einen Seite stehen evangelikale Kirchen, die den entarteten Individualismus liberaler Schule zur Religion erheben, auf der anderen Seite islamistische Gruppen, die für sich behaupten, dem westlichen Individualismus einen 'wahren Glauben' entgegenzusetzen.

Eine besondere Stärke der Regulationstheorie ist ihr integrales Verständnis von Krisen. Ihr zufolge wechseln sich historisch relativ stabile Formationen mit krisenförmig instabilen Formationen ab. In den stabilen Phasen wirken Akkumulation, Regulation und hegemoniales Modell in einer Weise zusammen, dass wirtschaftliches Wachstum gefördert wird durch regulative Institutionen, die gleichzeitig hegemonial abgesichert sind in dem Sinne, dass sie in der Bevölkerung eine hohe Legitimität besitzen. Diese stabilen Formationen brechen jedoch auseinander und es folgen Phasen der Krise, die gleichzeitig Phasen der 'Suche' nach einem neuen funktionierenden Zusammenspiel der drei Formationsebenen sind. In ihnen formieren sich soziale Bewegungen neu, können gut mobilisieren, sind innovativ und wirken eher gegen die herrschenden Verhältnisse. Schließlich kann es ein Aspekt des 'Findens' einer neuen Regulationsweise und eines neuen hegemonialen Modells sein, dass soziale Bewegungen sich institutionalisieren und in das Ensemble gesellschaftlicher Regulation funktional integriert werden.

Das unabhängige Westafrika beschritt wirtschaftlich im Kern zunächst die Entwicklungswege der Nachkriegszeit (ab 1945) weiter. Basierend auf einer oft gering diversifizierten Agrarexportökonomie wurde durch Importsubstituierung versucht, die Industrialisierung voranzutreiben. Unabhängig davon, auf welcher Seite das jeweilige Land im 'Kalten Krieg' stand, war der Staat zentraler Akteur wirtschaftlicher Entwicklung. Er sorgte dafür, dass aus dem landwirtschaftlichen Mehrprodukt ein Investitionsfonds für die industrielle Entwicklung abgezweigt wurde. Dies geschah durch staatliche Vermarktungsagenturen für die landwirtschaftlichen Produkte, vor allem jene, die auf dem Weltmarkt verkauft wurden. Die Differenz zwischen dem meist einheitlich festgelegten Einkaufspreis und dem Verkaufspreis im Export wurde für Investitionen genutzt.

Sicherlich kann man, schon angesichts der Häufigkeit militärischer Regimewechsel und der Instabilität vieler afrikanischer Staaten in diesem Zeitraum, nicht davon sprechen, dass die herrschenden Verhältnisse auf einer etablierten

Hegemonie beruhen. Zu beobachten ist aber nach der formalen Unabhängigkeit ein erster Prozess der Aneignung der staatlichen Strukturen durch Teile der Bevölkerung, in der Hauptsache durch die städtischen Eliten.

These dieses Artikels ist nun, dass ab den 1980er Jahren sich strukturell Akkumulation und Regulation in Westafrika umwälzen und sich auch in Fragen der hegemonialen Absicherung deutliche Veränderungen ergeben. Dieser Prozess findet im Verlauf der 1990er Jahre ein vorläufiges Ergebnis, auf welchem die relative Stabilität und wahrgenommene Schwäche sozialer Bewegungen seit den 1990er Jahren bis zum Ende der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts beruht.

Die Schuldenkrise der 1980er Jahre bedeutet das Ende des *'Development State'*, denn die Kredite von IWF und Weltbank wurden an eine politische Konditionalität geknüpft: die Strukturanpassung. Diese zwang die Staaten zum Abbau staatlicher Leistungen und zum Rückzug aus der wirtschaftlichen Steuerung. Schließlich wurde die Privatisierung staatlicher Unternehmen durchgesetzt. Privatisiert wurden u.a. staatliche Unternehmen der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, ihre Schließung folgte bald und damit ging Verarbeitungstiefe verloren. Schließlich setzten die Bretton-Woods-Institutionen und die Welthandelsorganisation (WTO) die handelspolitische Öffnung durch, die zu einer Steigerung der Importe führte und vorhandene Industrien zerstörte. Der Abschied des Staates aus einer aktiven Landwirtschaftspolitik stürzte diesen Sektor von der Krise in den Kollaps. Heute dominieren nicht mehr Agrargüter die Exportstatistiken afrikanischer Länder, die beschleunigt dem Abbau preisgegebenen mineralischen Ressourcen sind an deren Stelle gerückt. Diese aber bilden keinen Akkumulationskern, sondern bleiben wirtschaftliche Enklaven. Dies wird durch eine weitgehend einheitliche und die Bergbauunternehmen zuungunsten der Staaten bevorzugenden Bergbaugesetzgebung festgeschrieben.

Auf der politischen Ebene entspricht dieser Entwicklung dem *'Wind of Change'* der 1990er Jahre, in dessen Rahmen Wahlen und formal demokratische Systeme zum politischen Standard wurden. Die Befreiung von Autokratie und oft auch sehr paternalistischen Regimes wurde von der Bevölkerung und insbesondere von der Jugend sehr positiv aufgenommen. Die formale Demokratisierung blieb aber Fassade, hinter der Klientelismus und Korruption das Geschehen bestimmen. Der Minensektor gewinnt an Bedeutung gegenüber einer gerade in Westafrika meist familial strukturierten und weite Teile der Bevölkerung einbeziehenden Landwirtschaft und ermöglicht eine weitere Distanzierung der staatstragenden Kompradorenbourgeoisien<sup>2</sup> von der Bevölkerung. Insofern muss auch der Staat

---

2 So bezeichnen die Staatstheorie (z.B. Nicos Poulantzas) und Dependenztheorien eine Bourgeoisie in wirtschaftlich abhängigen Staaten, sofern sie als *'Gelenk'* für Operationen

nicht mehr gegenüber der Masse der Bevölkerung paternalistisch auftreten, er kann sie einfach ignorieren. Dort aber, wo im Bergbausektor die Renten gesichert werden müssen, ziehen auch so genannte demokratische Musterstaaten alle Register der Repression, um die ungestörte Ausbeutung der Ressourcen nicht zu gefährden (zu Ghana z.B.: War on Want 2007).

Der Staat zieht sich umfassend aus der gesellschaftlichen Gestaltung zurück. Weder der industrielle Sektor noch staatliche Systeme sozialer Sicherung sichern den Menschen ihr Überleben. Vielmehr sind dies die dörflich-patriarchale Subsistenzlandwirtschaft und die ihr ähnelnden urbanen Formen des Wirtschaftens, Solidarstrukturen der Familie sowie Netzwerke von in der Hauptstadt lebenden und aus einem Dorf stammenden Personen. Dabei sollen diese nicht beschönigt werden, denn sie beruhen zu einem beträchtlichen Teil auf informellem Zwang.

Dieses im Verlauf der 1990er Jahre gefundene Zusammenwirken von Akkumulation, Regulation und hegemonialer Ideologie bricht allerdings zunehmend zusammen. In diesem Kontext entwickeln sich bzw. erstarken soziale Bewegungen, die an den Schwachpunkten und Widersprüchen der bisherigen Formation ansetzen. Sie adressieren die Krise der Landwirtschaft, die Teuerung der Lebenshaltung, die insbesondere die städtische Bevölkerung trifft – ein Prozess, den ich für Senegal, Mali und Burkina Faso in diesem Artikel genauer darstelle. Ein wichtiges Element der hegemonialen Absicherung war die Umorientierung politisch oppositioneller Bewegungen in geberfinanzierte Nichtregierungsorganisationen, die sich vor allem der Thematik der Menschenrechte widmeten.

Die Widersprüche der bisherigen Formation offenbaren sich im Legitimationsverlust der sich seit 1990 installierenden afrikanischen Spielart des neoliberalen Staates:

„In seiner durch Strukturanpassung und neoliberale Offensive verunstalteten Form stellt der Staat für die Menschen in Westafrika etwas Fremdes und potenziell Feindliches dar. Selbst in klassischen staatlichen Handlungsfeldern fehlen in der Regel Strategien, die auch wirksam umgesetzt werden können. Stattdessen ist der Staat doppelt privatisiert. Diese Privatisierung ist ‘doppelt’, weil einerseits viele Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge (Wasser, Landwirtschaftspolitik etc.) privatisiert sind und andererseits Machteliten in Westafrika – meist konzentriert um den Präsidenten – staatliche Ressourcen zur privaten Bereicherung oder Sicherung des persönlichen Anspruchs auf Machtausübung nutzen, bis hin zu teils erfolgreichen Versuchen, familiäre Dynastien oder Quasi-Erbfolgen für das Präsidentenamt zu etablieren.

Staatliches Handeln dient also einerseits der Enteignung der Gesellschaft von Land, Wasser, anderen Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge oder vermarktbareren Ressourcen zugunsten einer Anhäufung von Werten im Sinne einer ursprünglichen Akkumulation. (...)

---

(vor allem im Handelssektor) des ausländischen Kapitals wirken und diesem untergeordnet sind.

Andererseits dient staatliches Handeln dem Aufbau von klientelistischen Netzwerken und der klientelistischen Legitimation der meist sich im Präsidentenamt verdichtenden Macht.“ (König 2010: 2)

Gero Erdmann (2003: 278) nutzt hierfür das Konzept des neopatrimonialen Staates, für den er seit den 1990er Jahren Prozesse des Staatsversagens und des Staatsverfalls diagnostiziert.

Die Demokratisierung im Rahmen des liberalen Staatsmodells hat ihren fortschrittlichen Charakter verloren und ist mehr formale Hülle denn Realität. Wahlen können zwar in besonderen Situationen (etwa im Senegal 2012) einen überfälligen Regierungswechsel ermöglichen, sind aber in den meisten Fällen kostspielige Prozesse der Legitimierung von Herrschaftssystemen, in denen Demokratie mehr Fassade denn gelebte Wirklichkeit ist. Zudem führen sie in vielen Fällen zu ethnischer Polarisierung (beispielsweise in Guinea und der Côte d’Ivoire). Wahlbeteiligungen sind so gering, dass in der Regel weniger als ein Viertel der Wahlberechtigten für die/den Sieger\_in stimmen.

Oppositionsparteien bieten selten ein schlüssiges und wirklich differierendes inhaltliches Programm. Sie präsentieren lediglich andere Personen zur Wahl und beschränken sich auf moralische Kritik am Amtsinhaber. Dadurch mangelt es den Wahlkämpfen an inhaltlichen Debatten und einem Diskurs um politisch-strategische Weichenstellungen. Der vorhandene Rest eines demokratischen Prozesses verliert jeglichen Gehalt.

Die Versuche der Dezentralisierung staatlicher Kompetenz bleiben letztlich erfolglos. Dezentralen Verwaltungsstrukturen werden zwar Zuständigkeiten übertragen, die dafür notwendigen personellen und finanziellen Mittel jedoch nicht zur Verfügung gestellt. Resultat ist eine Fragmentierung und Informalisierung politischer Praktiken vor Ort. Nichtregierungsorganisationen (NRO) ersetzen staatliches Handeln, und eine starke Abhängigkeit von externer Entwicklungsfinanzierung entsteht (Bierschenk/de Sardan 2003).

Insgesamt gehört es zur afrikanischen Regulationsweise, dass extern finanzierte Nichtregierungsorganisationen viele der staatlichen Funktionen insbesondere im sozialen Bereich übernommen haben. Dies hat oft auch zu der Einbindung bislang oppositioneller sozialer Bewegungen in das Business des „NGOismus“ geführt, was wiederum soziale Bewegungen geschwächt hat. Nigeria seit den 1990er Jahren ist ein interessantes Beispiel der demobilisierenden Wirkungen, die damit zusammenhängen.

## Gegen das teure Leben

Im Folgenden erläutere ich anhand von Fallbeispielen die Auflösungstendenzen einer zwar sehr wackligen, aber in der Tendenz vorhandenen historischen Formation, die in Westafrika einen ersten Höhepunkt 2007/08 mit Protesten gegen den Preisanstieg für Grundnahrungsmittel, Treibstoff und andere Güter des täglichen Lebens fanden.

Diesen Kampf möchte ich näher am Beispiel Burkina Faso beschreiben. 2007/08 stiegen in relativ kurzer Zeit die Preise der meisten Güter des täglichen Lebens rapide, der Preis des Grundnahrungsmittels Reis verdoppelte sich binnen eines Jahres (FAO o.J.). Zusätzlich sollten ab 2008 neue Steuern eingeführt werden, die vor allem die Armen getroffen hätten. Dies löste Proteste zunächst in Bobo-Dioulasso, der zweitgrößten Stadt Burkina Fasos aus. Proteste in weiteren Städten und schließlich der Hauptstadt Ouagadougou folgten.

Die Teuerung der Lebenshaltungskosten in Westafrika hat ihren Hintergrund in der Abhängigkeit von Importen bei den Gütern des täglichen Lebens. Sie ist also Folge des extravertierten Akkumulationsregimes, der fehlenden Nahrungsmittelsouveränität und somit der Notwendigkeit, Nahrungsmittel und andere Grundgüter zu importieren. Lebenshaltungskosten, Produktionsbedingungen und Löhne können nicht durch interne Aushandlungsprozesse (gewerkschaftliche Lohnverhandlungen) in einen Zusammenhang gebracht werden. Der Kampf gegen die steigenden Kosten der Alltagsgüter und des täglichen Lebens richtet sich so faktisch gegen eine Preisbildung, die außerhalb des Landes stattfindet, kann als solcher aber kaum geführt werden.

Die Importabhängigkeit für Güter des täglichen Lebens wurde in der Kolonialzeit eingeleitet, über eine auf *Cash Crops* orientierte Landwirtschaftspolitik gefestigt und schließlich durch Liberalisierungen im Rahmen der Strukturanpassungs- und WTO-Politik zementiert. Sie ist ein strukturelles Moment der Akkumulationsregimes in Westafrika und macht die Region verwundbar gegenüber extern induzierten Preissteigerungen. Auf den ersten Blick erscheint es unlogisch, dass in dieser Situation der Preissteigerungen die burkinische Regierung zudem noch die Verbrauchssteuern erhöhen will und damit insbesondere die Armen trifft. Es ist dies aber eine Folge der Handelsliberalisierungen. Die Einnahmen westafrikanischer Staatshaushalte beruhen zum großen Teil auf Zöllen. Werden diese abgebaut, müssen intern Staatseinnahmen generiert werden. Die Schwäche des formellen Sektors in der Wirtschaft wiederum bedeutet, dass eine Lohn- und Gewinnbesteuerung allein hierfür nicht ausreichen kann. Also müssen Verbrauchssteuern geschaffen werden. Geboren wurde ein explosives Gemisch der Teuerung des täglichen Lebens, das den Widerstand geradezu provozierte.



In Burkina Faso war die erste Phase der Bewegung von der Abwesenheit einer zentralen Organisation gekennzeichnet. Aber für ihr Entstehen war bereits das Politikmodell des wichtigsten Gewerkschaftsdachverbandes *Confédération Générale du Travail Burkina* (CGT-B) förderlich, der zwar für Gespräche und Verhandlungen mit der Regierung stets zur Verfügung steht, aber weiß, dass er seine Stärke nur aus der Mobilisierung, der Information und dem Dialog mit der Masse der Bevölkerung ziehen kann.

Hinter den Protesten zum Jahresbeginn 2008 in Burkina Faso stand zunächst keine einheitliche Organisation. Allerdings unternahm zum Jahresbeginn 2008 mehrere Gewerkschaftsdachverbände unter Führung der CGT-B gemeinsam eine Informations-Tournee, in der sie im ganzen Land die Bevölkerung über das aus ihrer Sicht negative Ergebnis von vorherigen Beratungen mit der Regierung informierten und zu Aktionen aufriefen (Nacanabo 2011: 243f.; Le Travail 2008: 3 sowie 2011: 2).

Die CGT-B sorgte nach den ersten Protesten für die Bildung einer Allianz von Gewerkschaften und anderen Organisationen, welche die hohe Mobilisierungsfähigkeit zu diesem Thema mit Kontinuität verknüpft. Am 12. März 2008 gründete sich unter ihrer Führung die *Coalition contre la vie chère, la corruption, la fraude, l'impunité et pour les libertés* (CCVC). Von nun an koordiniert die CCVC die Streik- und Protestaktionen gegen das teure Leben, die 2008 bis in den Mai fortlaufen und sich seitdem jährlich wiederholen. Eine besonders hohe Mobilisierung erreichten die Aktionen der CCVC am 8. April 2011 im Rahmen einer im Februar 2011 ausgebrochenen Welle von Massenprotesten, die nach dem Tod eines jungen Studenten durch Polizeigewalt begann. Zunächst protestierten landesweit Schüler und Studierende, wogegen die Sicherheitskräfte mit massiver Gewalt reagierten und mehrere Demonstranten töteten. Händler und Gewerkschaften schlossen sich den Protesten an und am 14. April begann schließlich sogar die Präsidentengarde zu meutern (Jeune Afrique 18.04.2011, Maima 2011, Kéré 2011).

Den Erfolg der CCVC begründet Bettina Engels (2012: 108ff.) mit einem erfolgreichen *Frame* 'gegen das teure Leben', der für alle relevanten Protestthemen und -akteure (Gewerkschaften, Schüler\_innen, Studierende, Menschenrechtsbewegung) anschlussfähig sei. In diesem *Frame* lassen sich die alltäglich gelebten Auswirkungen der extravertierten Akkumulation und eines Staates, der diese Alltagsprobleme noch verschlimmert, weil er versucht, fiskalische Krisen eher durch Belastung der Armen zu lösen, ausdrücken. Deshalb ist dieser *Frame* für die Massenmobilisierung erfolgreich. Er greift vor allem die im Alltagsbewusstsein stark verbreitete pauschale Kritik an einem Staat auf, der nur in der Fassade demokratisch ist und der einer kleinen Staatsklasse zur eigenen Bereicherung dient.

Texte wie die Gründungsplattform der CCVC heben zwar auch die weltwirtschaftlichen Hintergründe der Situation sowie die Strukturanpassung als von den internationalen Finanzorganisationen aufgezwungene Politik hervor (Le travail 2008: 9). Vielmehr aber nimmt die CCVC die alltäglichen Probleme der Bevölkerung zum Ausgangspunkt und spricht bei den Forderungen und Handlungsperspektiven konsequent lokale und nationale Entscheidungsträger an. Insofern richten sich die Proteste nicht an abstrakte Adressaten (wie 'das internationale Handelskapital'), sondern sind stets mit realisierbaren Handlungsschritten und konkreten Forderungen an der Bevölkerung bekannte Institutionen und Akteure gesellschaftlicher Regulation verbunden.

## Für eine selbstbestimmte Landwirtschaft

Mein zweites Fallbeispiel steht im inhaltlichen Zusammenhang mit der Steigerung der Lebenshaltungskosten: soziale Bewegungen der Bäuerinnen und Bauern. Dabei kristallisieren sich zwei Ziele dieser Bewegungen heraus: einerseits eine Umorientierung der Landwirtschaft zur Förderung von nachhaltigen familienbasierten Anbaumethoden und andererseits der Kampf gegen den seit 2007 massiv zunehmenden großflächigen Landankauf durch ausländische Investoren (Goita 2011).

Um die heute vorherrschenden Landwirtschaftspolitiken zu verstehen, müssen wir in die Ära des Kolonialstaates zurückblicken. In Westafrika wurde die koloniale Landwirtschaft nicht direkt durch den kolonialen Eingriff gestaltet, wie dies in den Siedlerkolonien der Fall war. Auch hier wurde aber in einem oft Jahrzehnte dauernden experimentellen Prozess schließlich eine auf wenigen Exportprodukten basierende Landwirtschaftsstruktur geschaffen, die oft auf der Ebene der Produktionsmittel wie Düngemittel und Saatgut vom Ausland abhängig war. Die Produzent\_innen bleiben familiale Betriebe. Sie verkaufen an Zwischenhändler, die sich das Exportmonopol gesichert haben, seit dem Zweiten Weltkrieg zunehmend an staatliche Vermarktungsmonopole. Nicht selten sind sie auch beim Einkauf der Produktionsmittel von denselben Händlern oder staatlichen Stellen abhängig. Sortenwahl, Bewässerungsmethoden, Vorratshaltung und Vermarktung wurden mehr von außen diktiert als von den Bäuerinnen und Bauern und ihren Erfahrungen und Interessen bestimmt. Kleinlandwirt\_innen wurden durch die Landwirtschaftspolitiken seit der Kolonialzeit eines eigenständigen Produktionswissens und der Methoden zu dessen Verbesserung enteignet. Sie sind Empfänger\_innen von Vorprodukten (Saatgut und Dünger) und ähnlich dem Verlagssystem lediglich damit befasst, diese in den Boden einzubringen, die Produkte dann zu ernten und zu festgelegten Preisen zu verkaufen. (Bley 1984).

„Der Kolonialismus hat den modernen Staat nach Afrika gebracht, der in die Agrarwirtschaft eingreift, ohne die Interessen der Bauern wahrzunehmen. Damit prägt eine obrigkeitsstaatliche Tendenz das Verhältnis von Staat und ländlichen Produzenten. Die afrikanische Landwirtschaft wird den Interessen der staatlichen Institutionen, den Städten, der Industrie und damit je länger je mehr einer städtischen und ländlichen Oberschicht unterworfen. Dieses erweist sich deshalb als ein besonders problematisches Erbe, weil der bäuerliche Widerstand und produktive Antworten der bäuerlichen Welt auf die anderen Belastungen, die parallel zur Kolonialzeit vorherrschend wurden, damit geschwächt bleiben: die ungleichen Bedingungen des Weltmarktes und der wachsende Bevölkerungsdruck.“ (Bley 1984: 34)

Aber die Landwirtschaftspolitik in Westafrika änderte sich mit der Unabhängigkeit nicht maßgeblich. Es blieb vornehmlich bei einem exportorientierten und die Bäuerinnen und Bauern entmündigenden System einer staatlich weitgehend gelenkten und auf der Input- wie auf der Vermarktungsseite von staatlichen oder privaten Zwischenhändlern abhängigen, kleinbäuerlichen Landwirtschaft (Goita 2011). Allerdings verschlechterten sich die Rahmenbedingungen durch die Veränderung der *Terms of Trade*, insbesondere die Verringerung der Weltmarktpreise für viele Agrarexportgüter. Mit der Strukturanpassung verschwanden staatliche Handelsstrukturen sowie weiterverarbeitende Betriebe in den westafrikanischen Anbauländern. Seit 2007 beschleunigt sich eine weitere Entwicklung, die konkret die Landbevölkerung gefährdet: das *land grabbing*. Ausländische private und staatliche Investoren kaufen und pachten große Landflächen aus verschiedenen Motivationen, zu denen Spekulation, langfristige Ernährungssicherung der Bevölkerung im Land des ausländischen staatlichen Investors und die Ausweitung der Agrarkraftstoffproduktion gehören.

Die Bewegungen der Bäuerinnen und Bauern in Senegal und Mali verbinden den Widerstand gegen *land grabbing* mit dem Einsatz für Produktionsbedingungen, in denen sie an Souveränität über ihre Anbaumethoden, den Zugang zu Saatgut und Düngemitteln sowie die Vermarktung gewinnen. Sie kämpfen für selbstbestimmte Formen der Landwirtschaft und betonen dabei, dass familienbasierte Wirtschaftsweisen Effizienzvorteile gegenüber der industriellen Landwirtschaft hätten. Diese Forderung betten sie in das Konzept der Ernährungssouveränität als Paradigma für die staatliche Landwirtschaftspolitik ein. Dieses Konzept stellt die Entscheidungssouveränität und lokale Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln in den Vordergrund und steht somit im Gegensatz zum Konzept der Ernährungssicherheit, die auch durch Zukauf auf dem Weltmarkt gewährleistet werden kann. Dieses Konzept wurde z.B. in Mali 2007 im Rahmen einer Konferenz beraten, zu der 500 bäuerliche Delegierte aus 80 Ländern zusammen kamen (vgl. Bernau 2012).

Die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit afrikanischer Staaten hängt unter anderem davon ab, dass es ihnen gelingt, nicht weiter Importeure der wichtigsten

Grundnahrungsmittel ihrer Bevölkerungen zu sein. Nur dann steht ihnen eine selektive Entkopplungsstrategie gegenüber dem Weltmarkt strategisch überhaupt zur Verfügung.

In Mali interessieren sich die ausländischen Investoren vor allem für das Land im Gebiet des *Office du Niger* im und um das Binnendelta des Niger, denn hier können durch technisch wenig aufwändige Bewässerungsmethoden große Flächen landwirtschaftlich nutzbar gemacht werden. Angaben über die bereits verkauften oder durch Vorverträge gebundenen Flächen schwanken. Das Oakland Institute liefert eine detaillierte Auflistung, mit einem Gesamtvolumen von ca. 550.000 Hektar (The Oakland Institute 2011: 20ff.). Die Betroffenen erfahren in der Regel nichts von dem Verkauf bis zu dem Zeitpunkt, an dem sie von Vertreibung betroffen sind. Da aber nicht alle Landflächen sofort nutzbar gemacht werden, kann das Jahre oder gar Jahrzehnte dauern. Investoren und der Staat argumentieren mit dem Nutzen der Investitionen für die Bäuerinnen und Bauern. Diese werden allerdings bestenfalls zu unterbezahlten Lohnarbeiter\_innen auf den Plantagebetrieben. In den meisten Fällen werden sie ohne oder gegen geringe Entschädigungen vom Land vertrieben (Wortbeiträge von Bäuerinnen beim Gründungskongress der Bauerngewerkschaft Syndicat des Paysans du Mali „Terre-Travail- Dignité“). Die großen Plantagen errichten Bewässerungssysteme, die den benachbarten Kleinbäuerinnen und -bauern das Wasser entziehen. *Land grabbing* ist im Sahel immer auch *water grabbing* (vgl. Bernau 2012).

Der Widerstand gegen die Landnahme kennt erste Erfolge. Im Norden Senegals gelang es der Bevölkerung des Dorfes Fanaye nach Kämpfen, die zwei Todesopfer gefordert haben, dass sich das senegalesisch-italienische *Joint Venture*-Unternehmen Senethanol/Senhuile dort zurückzieht und nun das Projekt an anderer Stelle weiter verfolgt (AFP 2012).

Senegalesische und Malische Bauernorganisationen wie der *Conseil National de Concertation et de Coopération des Ruraux* (CNCR) im Senegal oder die *Coordination Nationale des Organisations Paysannes* (CNOP) in Mali propagieren als Alternative in der Landwirtschaftspolitik familiale Formen der Landwirtschaft. Es kommt dabei auf die qualitative Veränderung dieser in Westafrika vorherrschenden Form der Landwirtschaft an, die die Bäuerinnen und Bauern die Souveränität darüber zurückerlangen lässt, was sie wie und mit welchen Mitteln anbauen (vgl. z.B. Forum des Exploitations familiales agricoles 2012).

In letzter Instanz kämpfen die Bäuerinnen und Bauern sowie die städtischen Akteure der Bewegung gegen die Teuerung von Lebenshaltungskosten gegen verschiedene Aspekte desselben Problems: Zu sehr wird die Wirtschaft von äußeren Bedürfnissen bestimmt, zu wenig werden binnenorientierte Entwicklungsdynamiken gesucht. Seit die Strukturanpassung den *Development State* ersetzt hat, ist dies offizielle Doktrin: Akkumulation ist extravertiert. Hierin besteht das

Potenzial eines Bündnisses dieser Bewegungen. Aus den bereits ausgefochtenen sozialen Kämpfen heraus könnte eine Konvergenz der entsprechenden Bewegungen entstehen, die ein hohes Mobilisierungspotenzial hätten, weil die Mehrheit der Bevölkerung in Stadt und Land betroffen ist. Ich habe hier exemplarisch Senegal und Mali für die Widerstände der Bäuerinnen und Bauern und Burkina Faso für den städtischen Kampf gegen die Teuerung hervorgehoben. Solche Kämpfe finden in allen Staaten Westafrikas statt oder sind in ihnen virulent.

Aus der Perspektive der Akkumulationsregime betrachtet, können diese Kämpfe zu einem Kampf um die Aneignung der gesamten Wertschöpfungskette für den alltäglichen Konsum und insbesondere für Nahrungsmittel konvergieren. Ohne eine solche konsequente Neuorientierung des Wirtschaftens wird es beiden Bewegungen unmöglich sein, auf Dauer und nachhaltig ihre Forderungen durchzusetzen. Es gelingt der CCVC in Burkina Faso zwar hervorragend, die Verantwortung der nationalen Politik zu betonen. Dennoch sind deren Handlungsspielräume gering, wenn sie keine strukturellen Veränderungen einleiten. Für das Heruntersubventionieren teuer eingekaufter Lebensmittel z.B. fehlen allen Staaten der Region die Mittel. Ohne eine binnenorientierte Vermarktung ist eine Umorientierung der Landwirtschaft auf eine ökologisch nachhaltige familiäre Bewirtschaftung ohne Zukunft. Es wäre dies ein notwendiger Meilenstein auf dem Weg einer weiter greifenden Entwicklung hin zu mehr wirtschaftlicher Integration und einer endogenen Akkumulationsdynamik.

## Der widerspenstigen Zähmung

In einem dritten Beispiel möchte ich auf die Entwicklung der Demokratiebewegung in Nigeria eingehen und dabei insbesondere auf den Prozess hinweisen, in dem Organisationen, die in widerständigen sozialen Bewegungen führend waren, in das institutionelle Gefüge der Regulation integriert wurden, was die sozialen Bewegungen geschwächt hat.

Die Ursprünge der Demokratiebewegung in Nigeria waren Proteste gegen die Strukturanpassung und gegen die Militärregierung von General Ibrahim Babangida. Gegen die offenkundig mehrheitliche Ablehnung der Bevölkerung beschloss die Regierung Babagida 1986 ein Austeritätsprogramm, auf dessen Grundlage Nigeria einen Kredit beim IWF aufnehmen konnte (Olukoshi 1991: 68f.). Die Proteste dagegen vereinten breite Teile der Bevölkerung: Studierende, Schüler\_innen, Arbeiter\_innen, Handwerker\_innen, Marktfrauen, Arbeitslose und Sammeltaxifahrer. Auslöser waren meist Demonstrationen, die der Nationale Studierendenverband *National Association of Nigerian Students* (NANS) oder Menschenrechtsorganisationen organisiert hatten. Höhepunkte der Protestbe-

wegung waren landesweite Anti-IWF-Proteste jeweils im Mai 1989 und 1992 (König 1994: 106ff.).

Im November 1991 gründete sich auf Initiative der wichtigsten Menschenrechtsorganisationen die *Campaign for Democracy* (CD). Ihr Ziel war die Einberufung einer souveränen Nationalkonferenz nach einer umfassenden Mobilisierung der Bevölkerung als Alternative zum gelenkten Programm der Regierung Babangida zum Übergang zu einer zivilen Regierung, das sie als undemokratisch und die Souveränität der Bevölkerung missachtend kritisierte. Die CD wurde binnen eines Jahres zur koordinierenden Organisation des Widerstandes gegen das Militärregime, das mit immer wieder neuen Maßnahmen den angekündigten Übergang zur zivilen Regierung torpedierte. Im September 1992 (die Regierung hatte gerade Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidatur in den beiden von ihr gegründeten Parteien, die als einzige im Rahmen des Übergangsprogramms zugelassen wurden, annulliert) rief die CD zum zivilen Ungehorsam gegen die Regierung auf. Demonstrationen und Plakataktionen begannen im November, und die Aktivist\_innen sahen sich sofort einer massiven staatlichen Repression ausgesetzt. Nicht zuletzt wegen des Drucks der durch die CD geführten sozialen Bewegungen fanden schließlich Präsidentschaftswahlen im Juni 1993 statt. Deren Ergebnisse jedoch erklärte die Militärregierung für null und nichtig, woraufhin die von der CD koordinierten Proteste zu den bis dahin größten in Nigeria seit der Unabhängigkeit anwuchsen. Ein von ihr ausgerufenen Generalstreik vom 12. bis 14. August 1993 wurde im Südwesten und in einigen Städten des Nordens eingehalten (König 1994: 112f.). In dieser zugespitzten Situation wurde aus einer kleinen Gruppe von engagierten Menschenrechtler\_innen die Führung einer nationalen Bewegung.

Babangida übergab schließlich die Staatsgewalt mit dem Auftrag der Durchführung von Neuwahlen an eine schwache Übergangsregierung, die von einem erneuten Militärputsch hinweggefegt wurde, der General Sani Abacha an die Macht brachte. Abacha ging mit massiver Repression gegen demokratische Bewegungen vor. Weltweite Empörung folgte auf die Hinrichtung von neun Aktivisten des *Movement for the Survival of the Ogoni People* (MOSOP), unter ihnen der bekannte Drehbuch- und Romanautor Ken Saro-Wiwa.

Neben der Repression schwächte aber auch ein anderer Prozess die Demokratiebewegung, nämlich die Orientierung der sie führenden Organisationen in Richtung einer Tätigkeit als zumeist extern finanzierte Menschenrechts- und andere NRO. Die wichtige Rolle von NRO als ein integraler Teil des institutionellen Gefüges gesellschaftlicher Regulation ist ein Charakteristikum der Regulationsweise in Westafrika. Eine Folge davon ist, dass führende Organisationen und Personen sozialer Bewegungen domestiziert und zahnlos werden, indem sich deren Arbeit am Bedarf internationaler Geber an Konferenzen, Berichten und

Vorträgen zur menschenrechtlichen Lage orientiert, statt sich der Organisation, politischen Bildung und Mobilisierung der Bevölkerung zu widmen. Diesen Prozess machen viele Akteure sozialer Bewegungen für die Mitte der 1990er Jahre beginnende und bis heute anhaltende Schwäche der einst starken Bewegungen für Demokratisierung und gegen Strukturanpassung verantwortlich (Social Action 2008). Aktivist\_innen sozialer Bewegungen werden durch die Arbeit in NRO absorbiert und stehen somit der politisch mobilisierenden und organisierenden Arbeit nicht mehr zur Verfügung. In einer Zeit, in der politisch exponierte Personen mit Repression bis hin zur Ermordung zu rechnen haben, bieten ausländisch finanzierte NRO natürlich viel: allem voran persönliche Sicherheit wegen ihrer internationalen Kontakte, aber auch eine berufliche Karriere und nicht zuletzt eine internationale Anerkennung ihrer Arbeit und Ergebnisse. Dem stehen die oft frustrierenden Erfahrungen von Rückschlägen und Demobilisierung gegenüber, die Führungspersonen sozialer Bewegungen regelmäßig machen müssen.

In Nigeria begann dieser Prozess noch vor der Phase der starken Mobilisierung durch die CD. Schon 1989 spaltete sich eine Gruppe von der wichtigsten Menschenrechtsorganisation *Civil Liberties Organisation* (CLO) mit der Begründung ab, eine Menschenrechtsorganisation könne nicht politisch neutral sein. Die CLO blieb zwar auch in der Folge nicht neutral, sondern war wichtiger Träger der CD. Interessant ist vielmehr, dass in den Menschenrechtsgruppen eine Diskussion um politische Unabhängigkeit geführt wurde. Schließlich bedeutet dies, dass ihre Bündnisfähigkeit gegenüber deutlich politisch orientierten Teilen der sozialen Bewegungen in Nigeria, wie in jener Zeit dem Studierendenverband NANS oder der Gewerkschaft der akademisch Beschäftigten der Universitäten (*Academic Staff Union of Universities*, ASUU), von vornherein begrenzt war.

Es handelt sich um einen Prozess der Institutionalisierung sozialer Bewegungen, der sie somit in ein institutionell gefestigtes Gefüge gesellschaftlicher Regulation integriert. Er hat Ähnlichkeiten mit der regulativen Integration der Arbeiterbewegung durch die Institution der Tarifverhandlungen und den Tarifpartner Gewerkschaft. Im nigerianischen Fall stellt sich allerdings die Frage, wieso die NRO und vor allem die Menschenrechtsorganisationen hier als Institutionen gesellschaftlicher Regulation zu verstehen sind. Sie sind es, weil sie soziale Konflikte wie den um die Einhaltung der Menschenrechte in institutionalisierte Austragungsformen kanalisieren, die sich von den Austragungsformen sozialer Bewegungen wie der Mobilisierung zu Protest und dem politischen Bewusstwerden der Massen unterscheiden.

Flankiert wird dieser Prozess von Verschiebungen hegemonialer Ideen, insbesondere unter den Intellektuellen. Die Jahre des Kampfes um Unabhängigkeit sowie die Periode nach der Unabhängigkeit waren von Ideen des sozialen Fortschritts und eines die Bevölkerung einbeziehenden Aufbaus der Nation

geprägt. Die weltweite Stärkung eher individualistischer (und dabei aber nicht notwendig an der Entwicklung einer authentischen Individualität orientierter) Ideen hat seit den 1980er Jahren den Diskurs auch in Nigeria und insbesondere an den Universitäten geprägt.

Akteure der nigerianischen sozialen Bewegungen sehen aktuell ein Potenzial, dass die sozialen Bewegungen in Nigeria wieder erstarken. Zu Beginn des Jahres führte die Streichung der Benzinpreissubventionen zu einer breiten Protestbewegung, die einige wie z.B. die Führung der *United Action for Democracy* (UAD) für die stärkste Massenmobilisierung seit der *Campaign for Democracy* oder sogar seit der Unabhängigkeit halten. Auch die teilweise Wiedereinführung der Subventionen ändere nichts daran, dass das Bewusstsein der Bevölkerung einen Schub erlangt habe. Vor allem ihre Erfahrung, dass Proteste zu (Teil-)Erfolgen führen, werde erneute Protestbewegungen zur Folge haben. Die Proteste vom Januar 2012 wurden von einer Koalition zwischen Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft (*Labour Civil Society Coalition*) koordiniert. Wie brüchig diese Koalition ist, zeigte sich, als die Gewerkschaftsdachverbände nach der teilweisen Wiedereinführung von Subventionen den Generalstreik beendeten, ohne dies mit den Koalitionspartnern UAD und *Joint Action Forum* beraten zu haben. Inwiefern sie ein Jahr nach den erfolgreichen Protesten weiter Kern der sozialen Mobilisierung sein kann, will die UAD im Januar 2013 testen. Sie hat aufgerufen, den ersten Jahrestag der Januarproteste mit zwei Tagen landesweiter Demonstrationen und einem Generalstreik zu begehen und dabei vor allem das Ende der massiven Korruption im Staatsapparat zu fordern. Eine erfolgreiche Mobilisierung zu diesem Termin würde die Vermutung bestätigen, dass soziale Bewegungen in Nigeria wieder erstarken. Ein Aspekt dieses Wiedererstarkens ist, dass führende Akteure aus den NRO sich nun auch wieder mehr der politischen Bildung der Bevölkerung im Lande widmen, damit ein breiteres Bewusstsein der nationalen Probleme schaffen und das Mobilisierungspotenzial sozialer Bewegungen erhöhen (UAD 2012, Apampa 2012).

## Ein Zunehmen sozialer Bewegungen?

Die nächsten Jahre werden es zeigen: Gibt es eine weitere Zunahme sozialer Bewegungen in Westafrika, die mehr einfordern als 'gute Regierungsführung' sowie transparente und faire Wahlen, sondern darüber hinaus die soziale Frage in den Mittelpunkt rücken und ausgehend von den aus ihrem Alltag heraus formulierten Interessen eine wirtschaftliche Umorientierung fordern, dann gewinnt meine These an empirischer Unterstützung – dann gerät das zwischenzeitlich gut funktionierende Zusammenwirken extravertierter kapitalistischer Akkumulation



mit einer Regulation, die geprägt ist von der afrikanischen Spielweise des neoliberalen Staates und der Ausbreitung von NRO als Träger der Entwicklungszusammenarbeit, zunehmend in die Krise. Weitere Hinweise darauf wären, wenn sich zudem noch Allianzen zwischen den bereits vorhandenen Bewegungen für eine effiziente familiäre Landwirtschaft, gegen die Teuerung der Lebenshaltung, gegen Enteignung der Bevölkerung durch Korruption, für eine Bergbaupolitik im nationalen Interesse und für eine stärker an den internen Bedürfnissen orientierte und nationale bzw. regionale Wertschöpfungsketten stärkende Wirtschaftspolitik bilden. Ich rechne damit und stehe damit nicht allein (vgl. Manji/Ekine 2012).

## Literatur

- AFP (2012): *Senegalese villagers vow to fight biofuels project*. <http://phys.org/news/2012-08-senegalese-villagers-vow-biofuels.html> (Zugriff 28.11.2012).
- Altvater, Elmar (1987): *Sachzwang Weltmarkt*, Hamburg.
- Apampa, Soji (2012): 'Occupy Nigeria' – es geht um mehr als den Preis von Benzin, Lagos.
- Bernau, Olaf (2012): *Landgrabbing: Neokolonialer Landraub in Afrika. Der globale Widerstand wächst*, in: Archipel 202 ([www.forumcivique.org](http://www.forumcivique.org)).
- Bierschenk, Thomas/de Sardan, Jean-Pierre Olivier (2003): Powers in the Village: Rural Benin between Democratisation and Decentralisation, in: *Africa* 73(2), 145-173.
- Bley, Helmut (1984): *Problematisches Erbe. Kolonialismus und Landwirtschaft*, in: *der überblick* 20/1, 32-34.
- Boyer, Robert (1986): *La Théorie de la Régulation. Une Analyse Critique*, Paris.
- Eckert, Andreas (2011): Nation, Staat und Ethnizität in Afrika im 20. Jahrhundert, in: Sonderegger, Arno; Grau, Ingeborg; Englert, Birgit (Hrsg.), *Afrika im 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft*. Wien, 40-59.
- Engels, Bettina (2012): Brot und Freiheit: Proteste „gegen das teure Leben“ in Burkina Faso, in: *Sozial. Geschichte* Online 9/2012, 85-115.
- Erdmann, Gero (2001): Apokalyptische Trias: Staatsversagen, Staatsverfall und Staatsverfall – strukturelle Probleme der Demokratie in Afrika, in: Bendel, Petra; Croissant, Aurel; Rüb, Friedbert (Hrsg.): *Demokratie und Staatlichkeit, Systemwechsel zwischen Staatlichkeit und Staatskollaps*. Opladen, 267-294.
- FAO o.J.: <http://www.fao.org/isfp/information-par-pays/burkina-faso/fr/> (Zugriff 9.1.2012)
- Fondation Gabriel Péri (2011): *La crise globale et l'Afrique: quels changements? Actes du colloque de la Fondation Gabriel Péri, Dakar 18-19 mai 2010*, Paris.
- Forum des Exploitations familiales agricoles (2012). *Communiqué*, Dakar.
- Goldberg, Jörg (2008): *Überleben im Goldland. Afrika im globalen Kapitalismus*, Köln.
- Goita, Mamadou (2011): La souveraineté alimentaire en Afrique de l'Ouest: la résistance des peuples contre les agressions du dedans et dehors. In: Fondation Gabriel Péri 2011, 137-153.
- Hirsch, Joachim (1992): Regulation, Staat und Hegemonie. In: Demirovic, Alex; Krebs, Hans-Peter; Sablowski, Thomas (Hrsg.), *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*, Münster, 203-213.
- Hübner, Kurt (1989): *Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie*, Berlin.
- Jeune Afrique (18.04.2011): *La contestation gagne du terrain au Burkina Faso*.

- Kéré, Paul (2011): Burkina Faso after the recent socio-political shocks. In: *Pambazuka News*, Issue 538. <http://pambazuka.org/en/category/features/74704>
- König, Claus-Dieter (1994): *Zivilgesellschaft und Demokratisierung in Nigeria*, Münster, Hamburg 1994.
- (2010): *Westafrika: „Wann werden die Schönen geboren?“* Berlin.
- Lipietz, Alain (1985): *Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff „Regulation“*, in: *PROKLA* Nr. 58, 109-138.
- Maima, Tendai (2011): Uprising in Burkina Faso: Why no cameras? In: *Pambazuka News*, Issue 527. <http://pambazuka.org/en/category/features/72927> (Zugriff: 24.01.2012)
- Manji, Firoze/Ekine, Sokari (2012): *African Awakening: The Emerging Revolutions*. Cape Town, Dakar, Nairobi, Oxford.
- Nacanabo, Sagado (2011): Des réponses syndicales à la crise: l'expérience du Burkina Faso. In: *Fondation Gabriel Péri* 2011, 243-254.
- Olukoshi, Adebayo (1991): *The March to Adjustment in the Nigerian Economy*, in: ders: *Crisis and Adjustment in the Nigerian Economy*, Lagos.
- Rodney, Walter (1972): *How Europe Underdeveloped Africa*, London, Dar es Salaam
- Siambo, Emmanuel (2011): La crise alimentaire et la situation actuelle au Burkina Faso, in: *Fondation Gabriel Péri* 2011, 166-180.
- Social Action (2008): *Programme for Political Education and Mass Mobilisation in the Niger Delta and Nigeria. A Project Concept Note*, Port Harcourt.
- The Oakland Institute (2011): Understanding land investment deals in Africa: country report Mali, Oakland.
- Le Travail (2008): *Organe D'information et de Formation de la CGT-B*. Ouagadougou. No 46 Octobre 2008.
- (2011): *Organe D'information et de Formation de la CGT-B*. Ouagadougou. No.50 Mars 2011.
- United Action for Democracy (2012): *Towards the 1<sup>st</sup> Anniversary of the January Uprising*, Abuja, Port Harcourt.
- War on Want (2006): *Anglo American. The Alternative Report*, London.